

Warum zahlt die Krankenkasse mehr als nötig für eine Operation am Landesspital?

Patienten ohne Zusatzversicherung müssen ihr Knie am Landesspital operieren lassen, obwohl die Kosten dort höher sind als in der Klinik Gut.

David Sele

Die steigenden Gesundheitskosten sind gemäss diversen Umfragen seit Jahren die grösste Sorge der Liechtensteiner. Mit Massnahmen, die an den Portemonnaies der Patienten und den Tarifen der Ärzte angesetzt haben, konnte das Kostenwachstum für ein paar Jahre etwas gedämpft werden.

Mittlerweile steigen die Gesundheitskosten jedoch wieder stark. 2023 und 2024 wurden die Prämien der Krankenkassen spürbar erhöht und der Ruf nach Massnahmen wird wieder lauter. «Um dieser Entwicklung zu begegnen, werden derzeit verschiedene Massnahmen detailliert geprüft. Dazu gehören eine Anpassung des Leistungskatalogs, die Prüfung der Margen und alternativer Vergütungsmodelle für Medikamente sowie die Überarbeitung der Bedarfsplanung», liess die Regierung im letzten Herbst anlässlich der jüngsten Prämienhöhung verlauten.

Spezialisierung ermöglicht tieferen Preis bei Klinik Gut

Aufhorchen lässt vor diesem Hintergrund die Beantwortung einer Kleinen Anfrage des Abgeordneten Thomas Rehak, welche dieser bereits im März-Landtag an die Regierung gestellt hat. Demnach ist eine stationäre orthopädische Behandlung in der Klinik Gut in Fläsch kostengünstiger als die



Eine komplexer Eingriff am Kniegelenk kostet in Vaduz 1,2 Prozent mehr als in Fläsch. Bild: D. Schwendener

selbe Behandlung am Landesspital in Vaduz. Die Liechtensteiner Krankenkassen bezahlen aber nur die teurere Behandlung in Vaduz. Wer in die Klinik Gut gehen will, muss entweder einen Teil der Kosten selbst bezahlen oder eine Zusatzversicherung, welche die freie Spitalwahl ermöglicht, abgeschlossen haben.

Doch warum kostet dieselbe Operation am Landesspital mehr als in der 17 Autominuten entfernten Klinik Gut? «Bei der Klinik Gut handelt es sich um eine Spezialklinik, die ein sehr

eingeschränktes Behandlungsspektrum durch Skaleneffekte entsprechend kostengünstiger anbieten kann als ein Regionalspital mit staatlichem Versorgungsauftrag», führt die Regierung in der Beantwortung der Kleinen Anfrage aus. Dennoch seien die Mehrkosten am Landesspital nur geringfügig höher.

Auf Nachfrage des «Vaterlands» erklärt das Gesundheitsministerium: Ein komplexer Eingriff am Kniegelenk sei am Landesspital derzeit 1,2 Prozent teurer als in der Klinik Gut. Dies entspreche Mehrkosten von 110

Franken pro Eingriff. Bedeutet: Wenn ein Patient eine Zusatzversicherung hat, profitiert die Krankenkasse doppelt. Der Patient zahlt monatlich eine Prämie für die freie Spitalwahl und seine Knieoperation ist noch dazu günstiger. Wäre es also nicht im Sinne der Prämienzahler, wenn möglichst alle Patienten das günstigere Angebot nutzen?

Mit dieser und weiteren Fragen konfrontiert, gibt sich der Krankenkassenverband (LKV) zugeknöpft. In einem allgemeinen Statement wird auf die Bedarfsplanung der Regierung ver-

wiesen. Diese muss eruieren, welche Leistungen im Gesundheitswesen benötigt werden und entsprechende Gesundheitsdienstleister mit einem Vertrag ausstatten. Deren Leistungen werden dann von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) übernommen. «Mit Blick auf die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen werden entsprechend nicht mit allen zur Verfügung stehenden Leistungserbringern Tarifverträge abgeschlossen, sondern zielgerichtet mit jenen, die den evaluierten Bedarf decken und der liechtensteinischen Bevölkerung eine angemessene Gesundheitsversorgung gewährleisten», schreibt der LKV.

Und aktuell sei der Bedarf im Bereich Orthopädie durch das Landesspital gedeckt. Eine Erweiterung der Spitalliste um die Klinik Gut sieht der LKV naturgemäss kritisch. Schliesslich führt die Ausweitung des Angebots erfahrungsgemäss zu einer Kostensteigerung im Gesundheitswesen.

Bedarf für orthopädische Chirurgie ist gedeckt

Es sollen also nur so viele Knieoperationen angeboten werden wie benötigt. Und dies entweder durch das Landesspital oder durch die Klinik Gut. De facto besteht das Angebot natürlich trotzdem in beiden Spitälern, doch nur in einem wird die Kostenübernahme via OKP gewährt. Wer den Zuschlag erhält,

entscheidet die Regierung. Aber warum wählt sie das teurere Angebot?

Das Ministerium für Gesellschaft verweist diesbezüglich auf das Spitalgesetz, welches das Landesspital mit einem Grundversorgungsauftrag ausstattet. Was genau in diesem Auftrag enthalten ist, regelt die Regierung mittels Verordnung. Und gemäss dieser muss das Landesspital orthopädische Chirurgie anbieten – unabhängig davon, ob in unmittelbarer Nachbarschaft dieselbe Leistung angeboten wird und das erst noch günstiger.

Entweder die Versicherten oder die Steuerzahler

Aber warum ändert die Regierung die Verordnung nicht einfach ab und streicht die orthopädische Chirurgie am Landesspital? «Die Auslagerung einzelner Leistungen macht das System insgesamt nicht günstiger, da gewisse Vorhalteleistungen, z.B. für die Aufnahme von Notfällen, unabhängig davon finanziert werden müssen», erklärt das Ministerium.

Soll heissen: Für die Krankenkassen und somit für die Prämienzahler wäre es zwar günstiger, wenn das Landesspital keine orthopädische Chirurgie anbieten würde. Dem Landesspital würden dadurch aber Einnahmen entgehen, während die Betriebskosten nicht sinken. Das Defizit müsste letztlich der Staat ausgleichen.

IWF-Mitgliedschaft kostet halbe Million Franken pro Jahr, dafür gibt es Zinsen im Umfang von 1,2 Millionen Franken

Regierungschef betont: «Für den IWF kommt es nicht darauf an, ob er 190 oder 191 Mitglieder hat. Die Vorteile liegen klar auf unserer Seite.»

Aus Sicht des Internationalen Währungsfonds (IWF) erfüllt Liechtenstein alle Voraussetzungen für einen Beitritt. Damit liegt der Entscheid nun beim Landtag: Mitte Mai wird er sich mit der Frage befassen, ob das Land zum IWF-Mitgliedsstaat Nummer 191 werden soll. Entscheidend bei der Parlamentsdebatte dürften dabei die Kosten sein. Zu diesem Punkt merkte Simon Biedermann, Generalsekretär des Ministeriums für Präsidiales und Finanzen, im Rahmen der gestrigen Pressekonferenz an: «Wenn man etwas Negatives zur IWF-Mitgliedschaft finden möchte, könnte man sagen: Es kostet uns etwas.» Die Regierung geht von Kosten im Umfang von rund einer halben Million Franken pro Jahr aus. Hier handle es sich aber nur um administrative Kosten, die durch Mitarbeit im Währungsfonds entstehen. Daneben muss das Land die sogenannte Quote einzahlen – eine Art Anlage beim IWF. Die Höhe dieser Quote orientiert sich an

der wirtschaftlichen Bedeutung des jeweiligen Mitgliedslandes. Für Liechtenstein wurde sie bei rund 120 Millionen Franken festgesetzt. Ein Viertel davon – rund 30 Millionen Franken – müssen beim IWF effektiv hinterlegt werden. Auf diese Gelder könne das Land aber jederzeit wieder zurückgreifen. Und die beim IWF hinterlegten Gelder werfen auch Zinsen ab: Mit dem aktuellen Zinssatz von vier Prozent würden sich für das Land Erträge von etwa 1,15 Millionen Franken ergeben. Heisst: Gemäss Regierung würden die Zinserträge aus dem IWF die administrativen Kosten übersteigen. In diesem Sinne erscheint eine IWF-Mitgliedschaft auch aus einer rein finanziellen Perspektive attraktiv.

«Liegt an Liechtenstein, Vorteile abzuschöpfen»

Daneben zählten Generalsekretär Biedermann, Regierungschef Daniel Risch sowie Martin Gächter, Leiter Finanzstabilität bei der FMA, an der gestrigen



Während Regierungschef Daniel Risch vor Ort war, wurden Generalsekretär Simon Biedermann und Martin Gächter, Leiter Finanzstabilität bei der FMA, live aus Washington zugeschaltet. Sie besuchen dort gerade die «Spring Meetings» des IWF.

Bild: ikr

Pressekonferenz weitere Punkte auf, weshalb eine IWF-Mitgliedschaft sich für das Land lohne. So kann der IWF dem Land in Krisenzeiten schnell

Kredite zur Verfügung stellen, um seine Volkswirtschaft zu stabilisieren. Zudem würde Liechtenstein fortan in den IWF-Publikationen genannt.

Davon erhofft sich die Regierung auch ein Reputationsgewinn, weil Liechtenstein in vielen Wirtschaftsrankings an der Spitze stehen dürfte. «Nun liegt

es an Liechtenstein, die Vorteile einer IWF-Mitgliedschaft abzuschöpfen», so das Fazit von Gächter.

IWF-Beitritt vors Volk? «Wir nehmen es, wie es kommt»

Trotz der IWF-Euphorie der Regierung gibt es auch kritische Stimmen im Land: Nach Ansicht der Oppositionspartei DpL sollte die Frage des IWF-Beitritts dem Stimmvolk zur Entscheidung vorgelegt werden. Auf eine mögliche Volksabstimmung angesprochen, erklärte Regierungschef Risch: «Wir nehmen es, wie es kommt.» Der Nutzen einer Mitgliedschaft liege auf der Hand. Entsprechend gehe er davon aus, dass auch eine Mehrheit der Bevölkerung für einen IWF-Beitritt zu gewinnen sei.

Dennoch war es dem Regierungschef mit Blick auf die anstehenden Debatten wichtig zu betonen: «Für den IWF kommt es nicht darauf an, ob er 190 oder 191 Mitglieder hat. Die Vorteile liegen ganz klar auf unserer Seite.» (equ)